

A. DSGVO

1. Webseiten mit fortlaufenden Materialien zur DSGVO

Verzeichnis von Praxishilfen (thematisch geordnet):

http://ds-gvo.gesundheitsdatenschutz.org/html/praxishilfen_01.php

Thema in Zeitschriften/Journals (alphabetisch geordnet):

<http://ds-gvo.gesundheitsdatenschutz.org/html/journals.php>

Artikel 29 Gruppe: http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=50083

Datenschutzkonferenz: https://www.lda.bayern.de/de/datenschutz_eu.html

GDD-Praxishilfen: <https://www.gdd.de/gdd-arbeitshilfen/praxishilfen-ds-gvo/praxishilfen-ds-gvo>

Bitkom Praxishilfen: <https://www.bitkom.org/Themen/Datenschutz-Sicherheit/DSGVO.html>

ZaFTDa - Zentralarchiv für Tätigkeitsberichte des Bundes- und der Landesdatenschutzbeauftragten und der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz: <https://www.thm.de/zaftda/>

Stiftung Datenschutz: <https://www.stiftungdatenschutz.org/dsgvo-info/>

2. Deine Daten – Deine Rechte

„Deine Daten. Deine Rechte.“ ist ein Projekt der Digitalen Gesellschaft e.V., gefördert vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Es hat das Ziel, die Verbraucher*innen für das neue EU-Datenschutzrecht kompetent zu machen. Neben Musterschreiben zur Geltendmachung eigener Rechte finden sich auch informative Erklärfilme.

3. DSGVO – häufig gestellte Fragen, häufig verbreitete Mythen

Jan Philipp Albrecht hat auf seiner Seite eine FAQ-Liste zur DSGVO veröffentlicht. Diese lesenswerten Stellungnahmen sollen zu etwas mehr Unaufgeregtheit und Ruhe in der Debatte um die DSGVO führen.

4. Schutz gegen missbräuchliche Abmahnungen

Die FDP-Bundestagsfraktion hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht, um einen Schutz gegen missbräuchliche Abmahnungen wegen Bagatelverstößen im Rahmen der Einführung der DSGVO zu erreichen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/026/1902693.pdf>).

5. DSFA – Datenschutzfolgenabschätzung (Risikobewertung)

Noch ist nicht klar, wie man eine Risikobewertung nach der DSGVO genau durchführt. Aber immerhin wird deutlich, welche Fallgruppen betroffen sind: <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2018/05/Liste-von-Verarbeitungsvorg%C3%A4ngen-nach-Art.-35-Abs.-4-DS-GVO-LfDI-BW.pdf>. Auf der Seite <http://dsat.ch/download/> findet sich ein sehr ausführliches Formular zur Durchführung einer DSFA sowie auch Compliance-Prüfungen.

6. Opt-In für User-Tracking

Am 26.04.2018 hat die Datenschutzkonferenz (Gremium der Datenschutzbehörden in Deutschland) ein Positionspapier veröffentlicht, in dem eine restriktive Position beim Einsatz von Tracking-Tools bzw. der Verwendung von Cookies zum Ausdruck gebracht wird. Da die ePrivacy-VO nicht zeitgleich mit der DSGVO in Kraft tritt, gelten nun die Grundsätze der DSGVO und verdrängen einen Teil der bisherigen TMG-Regelungen. Näheres unter:

https://www.lidi.nrw.de/mainmenu_Datenschutz/submenu_Technik/Inhalt/TechnikundOrganisation/
→ Es wird empfohlen, die eigene Webseite hierauf zu prüfen und anzupassen.

7. Fotografien – Verhältnis KUG und DSGVO

Die Hamburger Aufsichtsbehörde hat ein Infopapier zum Verhältnis Kunsturhebergesetz und DSGVO veröffentlicht (https://www.filmverband-suedwest.de/wp-content/uploads/2018/05/Vermerk_DSGVO.pdf), das sich mit dem Thema digitale Fotografie auseinandersetzt.

8. Auskunftspraxis der Schufa im Lichte der DSGVO

Die Schufa möchte nicht der Verpflichtung der DSGVO nachkommen und Anfragenden kostenlos Auskunft zu geben. Erst recht nicht möchte sie ihren Scoring-Algorithmus zur Bonitätsprüfung preisgeben. Dies steht jetzt auf dem Prüfstand (<https://www.heise.de/newsticker/meldung/DSGVO-Datenschuetzer-pruefen-die-Auskunftspraxis-der-Schufa-4076221.html>).

9. Informationspflichten

Das LDA in Brandenburg hat ein übersichtliches Handout zum Thema Informationspflichten (https://www.lida.brandenburg.de/media_fast/4055/Infoblatt_Informationspflichten.pdf) veröffentlicht.

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Facebook - Urteile

Der EuGH hat mit Urteil vom 05.06.2018, Az.: C-210/16 eine gemeinsame Verantwortlichkeit von Facebook und Betreibern einer Fanpage festgestellt. Die Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder (DSK) hat am 06.06.2018 dazu eine Stellungnahme (<https://www.datenschutzzentrum.de/uploads/facebook/2018-06-05-Entschliessung-DSK-Fanpages-EuGH-Urteil.pdf>) veröffentlicht und Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Eine Linksammlung zum Thema finden Sie hier: <https://dsgvo.expert/eugh-urteil-zu-facebook-fanpages-linksammlung/>

Das VG Bayreuth hat mit Beschluss vom 08.05.2018, Az: B1S18.105 den Einsatz von Einsatz von *Facebook Custom Audiences* als grundsätzlich untersagt.

2. Dokumentation wöchentlicher Teambesprechungen

Das BSG hat mit Urteil vom 23.04.2018, Az.: B1KR19/17R die Qualität wöchentlicher Teambesprechungen ausführlich definiert, so dass die Voraussetzungen zur Kodierung des OPS 8-550.1 erfüllt werden. Zu dokumentieren seien „konkret wochenbezogen jeweils Behandlungsergebnisse und eigenständige Behandlungsziele je Therapiebereich aufgrund der wöchentlich stattfindenden gemeinsamen Teambesprechungen einschließlich der

personenbezogenen Benennung aller teilnehmenden Berufsgruppen nach ihren Vertretern und der fachärztlichen Behandlungsleitung.

3. Dashcam-Urteil des BGH

Der BGH mit Urteil vom 15. Mai 2018, Az.: VI ZR 233/17 die Unzulässigkeit von Dashcam-Aufnahmen festgestellt, wenn das Verkehrsgeschehen dauerhaft aufgezeichnet wird. Ist die Dashcam so konfiguriert, dass nur die letzten Sequenzen dargestellt, ältere Aufzeichnungen jedoch überschrieben werden, ist die Verwendung okay. In jedem Fall aber sind die Dashcam-Aufnahmen verwendbar und lösen kein Beweisverwertungsverbot aus.

4. „Tote Email-Adresse“ im Impressum nicht zulässig

Das LG Berlin hat mit Urteil vom 23.11.2017, Az.: 52 O 135/13 Google dazu verpflichtet, in seinem Impressum keine inaktive Email-Adresse anzuzeigen, da ansonsten keine Kontaktaufnahme möglich ist.

5. Private Mobilfunknummer an Arbeitgeber?

Das Thüringer LAG hat mit den Urteilen vom 16.05.2018, Az.: 5 Ca 163/17 und 5 Ca 125/17 den Zwang eines Mitarbeiters eines Notfalldienstes zur Herausgabe seiner privaten Mobilfunknummer an den Arbeitgeber eine Absage erteilt.

6. Anspruch des Betriebsrats auf Benennung schwangerer Mitarbeiterinnen

Das LAG München hat mit Beschluss vom 27.09.2017 den Anspruch des Betriebsrats unterstrichen, dass diesem auch gegen den Willen schwangerer Mitarbeiterinnen der Umstand der Schwangerschaft benannt wird.

7. Erstes Urteil zum Verhältnis DSGVO und Fotorecht

Das OLG Köln hat mit Urteil vom 18.06.2018, Az.: 28 O 167/18 auf die nationale Vorrangregelung des Kunsturhebergesetzes verwiesen. Art. 85 DSGVO eröffnet -wie die Vorgängerregelung Art. 9 RL 95/46/EG nationale Gesetze mit Abweichungen zur DSGVO.

8. Fotoveröffentlichung bei Facebook ist Urheberrechtsverletzung

Werden Fotos in einer nicht vollständig privaten, nicht geschlossenen Nutzergruppe veröffentlicht, stellt dies eine Urheberrechtsverletzung dar, so das LG München mit Ur. v. 31.01.2018, Az.: 37 O 17964/17.

9. Versand apothekenpflichtiger Medikamente über Amazon

Der Vertrieb von apothekenpflichtigen Medizinprodukten über Amazon ist unzulässig, wenn er ohne eine vorab erteilte ausdrückliche Einwilligung der Kunden in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung ihrer Gesundheitsdaten erfolgt, so das Landgericht Dessau-Roßlau, Urteil vom 28. März 2018, Az.: 3 O 29/17.

10. Beweiswert eines Email-Ausdrucks in einem Gerichtsverfahren

Das AG Hamburg hat mit Urteil vom 27.04.2018, Az.: 12 C 214/17 im Rahmen eines Augenscheinsbeweis eine Zahlungsaufforderung per Email als zugegangen gewürdigt, weil die Klägerin den Ausdruck der Email-Empfangsbestätigung vorlegen konnte. Einen Zugang pauschal zu bestreiten reiche nicht aus, so das Gericht.

11. Voreingestellte Einwilligung ist unwirksam

Das LG Nürnberg-Fürth hat mit Bes. v. 17.04.2018, Az.: 7 O 6829/17 eine Einwilligung auf einer Webseite für unwirksam erklärt, bei der das Kästchen für eine Einwilligung schon vorausgefüllt war. Richtig nach der DSGVO ist es vielmehr, wenn Nutzer*innen proaktiv eine Einwilligung erteilen, indem sie selbst ein Kreuzchen setzen.

12. Auskunftsanspruch eingeschränkt

Das AG Brühl hat mit Urteil vom 02.05.2018, Az.: 23 C 407/17 den Auskunftsanspruch eines Versicherungsnehmers gegen eine Lebensversicherung hinsichtlich der vom Versicherer gezogenen Nutzungen aus dem einbezahlten Kapital abgewiesen. Grund: es handelt sich nicht um Daten zur Person des Auskunft begehrenden.

C. Sonstiges

1. Angriffe auf Verschlüsselungstools für Emails (PGP und S/MIME)

Mitte Mai wurde bekannt gemacht, dass die Verschlüsselungstools für Emails - PGP und S/MIME – Sicherheitslücken aufweisen. Die weitere Verwendung ist unsicher. Die Beschreibung findet sich unter <https://efail.de/> bzw. als pdf-Artikel unter <https://efail.de/efail-attack-paper.pdf>. Das BSI weist jedoch darauf hin, dass ein Angreifer über umfassende Zugriff auf den Transportweg, den Mailserver oder das E-Mail-Postfach des Empfängers haben muss – in der Praxis sehr wenig wahrscheinlich (https://www.bsi.bund.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2018/efail-schwachstellen_15052018.html).

2. Formulare Entlassmanagement

„Der Fachausschuss "Recht und Verträge" der DKG hat in seiner 96. Sitzung am 20.03.2018 beschlossen, die Patienteninformation und die Einwilligungserklärung zum Entlassmanagement gemeinsam mit den anderen Vereinbarungspartnern an die Vorgaben der DS-GVO anzupassen und die Überarbeitung auf die Anpassungen zu beschränken, die nach Maßgabe der DS-GVO zwingend vorzunehmen sind“, so die KGSH in einer Mitglieder-Info vom 16.05.2018. Nähere Informationen erteilt die jeweilige Krankenhausgesellschaft.

3. Fotorecht nach Einführung der DSGVO

Das LDA in Brandenburg hat eine prägnante Zusammenfassung veröffentlicht, wie mit Fotos nach Einführung der DSGVO zu verfahren ist (https://www.lida.brandenburg.de/media_fast/4055/DSGVOFotografienfinal.pdf).

4. Website-Eigenprüfung

Wer seine eigene Webseite unter Compliance-Kriterien prüfen möchte, dem steht beispielsweise zur Verfügung: <https://webbkoll.dataskydd.net/en/>

5. Datenschutzpräferenzen von Jugendlichen in Deutschland

Eine Studie ist den Datenschutzpräferenzen von Jugendlichen in Deutschland nachgegangen (<https://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/barbara-engels-datenschutzpraeferenzen-von-jugendlichen-in-deutschland.html>).

6. Whistleblower Hotlines

Es gibt eine Orientierungshilfe „Whistleblower Hotlines“ (https://www.lidi.nrw.de/mainmenu_Service/submenu_Entschliessungsarchiv/Inhalt/Entschliessungen_Datenschutzkonferenz/Inhalt/95_Konferenz/Whistleblowing-Hotlines/Orientierungshilfe-Whistleblowing-Hotlines.pdf).

7. Leitbild „betrieblicher Datenschutzbeauftragter

Der BvD hat das Leitbild „betrieblicher Datenschutzbeauftragter“ in nunmehr 4. Auflage aktualisiert (https://www.bvdnet.de/wp-content/uploads/2018/04/BvD-Berufsbild_Auflage-4_dt_en.pdf).

8. Zur Anwendbarkeit des TMG für nicht öffentliche Stellen ab dem 25. Mai 2018

Die Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder (DSK) hat ein Positionspapier bekannt gemacht aus dem sich ergibt, dass das Telemediengesetz (TMG) keinen Vorrang vor der DSGVO genießt. Damit werden Teile des TMG seit dem 25.05.2018 unanwendbar (https://www.lidi.nrw.de/mainmenu_Datenschutz/submenu_Technik/Inhalt/TechnikundOrganisation/Inhalt/Zur-Anwendbarkeit-des-TMG-fuer-nicht-oeffentliche-Stellen-ab-dem-25_-Mai-2018/Positionsbestimmung-TMG.pdf).

9. Arbeitshilfen zur Fernwartung

In Zusammenarbeit von bvitg, GDD und GMDS liegen Arbeitshilfen zu IT-Fernwartung vor (<http://ds-gvo.gesundheitsdatenschutz.org/html/fernwartung.php>).

10. Facebook im Fadenkreuz – UND: die Fanpagebetreiber

Der EuGH hat sich kritisch mit Facebook auseinandergesetzt und insbesondere festgestellt, dass Fanpage-Betreiber bei Facebook eine Mitverantwortung tragen (<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-210/16>). Die Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder (DSK) hat in einer Entschließung vom 06.06.2018 (https://www.datenschutz-berlin.de/pdf/publikationen/DSK/2018/2018-DSK-Fanpages_EuGH_Urteil.pdf) aufgelistet, welche Obliegenheiten Seitenbetreiber zu beachten haben.

D. Selbsttests/Sonstiges

1. Stadt Kiel sensibilisiert Mitarbeiter*innen auf Phishing-Attacke

Die Stadt Kiel durch den Versand von Fake-Mails an ihre Mitarbeiter*innen versucht, deren Sensibilität für dieses Thema im Rahmen einer Selbsterfahrung zu erhöhen (<http://m.kn-online.de/Kiel/Datenschutz-Training-Stadt-testet-Mitarbeiter-mit-Fake-Mails>).

2. Verfassungsrechtliche Legitimation des Gemeinsamen Bundesausschusses

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hatte 2016 Gutachten in Auftrag gegeben, die zur Frage der verfassungsrechtlichen Legitimation des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zum Erlass von Richtlinien und anderen normativen Entscheidungen Stellung nehmen sollten. Dies liegen (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/ministerium/details.html?bm%5Bpubid%5D=3162>) nun vor

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.